

# DOKUMENTATION

OTTOKAR LUBAN

## **Der Spartakusführer Hugo Eberlein und die kurze Räteherrschaft in Berlin-Mariendorf. Notizen über eine unveröffentlichte Rede Eberleins vom 19. November 1918**

### **Der prominente KPD- und Komintern-Funktionär**

Hugo Eberlein (1887–1941) ist den Historikerinnen und Historikern der Arbeiterbewegung vor allem als Teilnehmer des Gründungskongresses der Kommunistischen Internationale (Komintern) im März 1919 bekannt geworden. Per einstimmigem Beschluss der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) war er mit dem gebundenen Mandat zur internationalen Konferenz in Moskau geschickt worden, um gegen die Gründung der Kommunistischen Internationale zu stimmen: Die KPD-Führung hielt – wie auch Rosa Luxemburg noch vor ihrer Ermordung gegenüber Eberlein erklärt hatte – die Gründung für wesentlich verfrüht, weil der neuen sozialistischen Internationale in den meisten Ländern noch die Massenbasis fehlte. Dennoch hatte sich Eberlein von anderen Konferenzteilnehmern überreden lassen, Stimmenthaltung zu üben, sodass der Gründungsbeschluss schließlich einstimmig erfolgen konnte.<sup>1</sup>

Die KPD befand sich 1919 nach der Ermordung ihrer Parteiführer Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Leo Jogiches durch Freikorpsstruppen, nach Verhaftungen vieler aktiver Mitglieder und Funktionäre sowie durch zeitweise Zeitungs- und Betätigungsverbote in einem desolaten Zustand. Deshalb erhielt Eberleins Abstimmungsverhalten wenig Beachtung und stieß auf keinerlei Widerspruch in der Partei. Das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) *Die Rote Fahne* informierte erst Ende April 1919, sehr knapp und sachlich, ohne kommentierende Bemerkungen, über die einstimmig erfolgte Gründung der neuen Kommunistischen Internationale in Moskau. In dem Artikel wurden auch die von Eberlein im Namen der KPD geäußerten Bedenken wiedergegeben. Außerdem wurde darüber berichtet, dass Eberlein sich angesichts der ansonsten einhelligen Zustimmung der Stimme enthalten und dann den Anschluss an die Kommunistische Internationale »im Namen des deutschen revolutionären Proletariats«<sup>2</sup> erklärt hatte.

- 1 Siehe Hugo Eberlein: Spartakus und die Dritte Internationale, in: Internationale Pressekorrespondenz, Nr. 28, 29. Februar 1924, S. 307; Alexander Vatlin: Die Komintern. Gründung, Programmatik, Akteure, Berlin 2009, S. 25–34; Wladislaw Hedeler/Alexander Vatlin (Hg.): Die Weltpartei aus Moskau. Der Gründungskongress der Kommunistischen Internationale 1919, Berlin 2009, S. LVIII/LIX, S. 123–127.
- 2 Die Rote Fahne, Zentralorgan des Spartakusbundes, Nr. 59 vom 27. April 1919.

Dieses Foto kann aus  
urheberrechtlichen Gründen in der  
Online-Ausgabe des JHK nicht  
angezeigt werden.

Hugo Eberlein (1887–1941),  
Aufnahme aus der Zeit vor 1933

Auf dem Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) Ende Dezember 1918 bereits in die Zentrale gewählt, übte Eberlein danach wichtige Funktionen in der deutschen und internationalen kommunistischen Bewegung aus. Nach seiner willkürlich erfolgten Verhaftung 1937 in Moskau, langen qualvollen Verhören und zwei Jahren Arbeitslager in Sibirien wurde er 1941 nach einem zweiten Prozess als eines von vielen Opfern des stalinistischen Terrors erschossen. 1956 erfolgte seine juristische Rehabilitierung durch das Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR.<sup>3</sup>

Eberleins Wirken in der kommunistischen Bewegung auf nationaler und internationaler Ebene ist weitgehend dokumentiert. Demgegenüber ist seine kommunalpolitische Arbeit während des Ersten Weltkrieges und der Revolutionszeit 1918 in der damaligen Berliner Vorortgemeinde Mariendorf lediglich in einer heimatgeschichtlichen Broschüre beschrieben worden und daher so gut wie unbekannt geblieben.<sup>4</sup> Ein im Berliner Landesarchiv aufgefundenes und im Folgenden abgedrucktes Dokument soll dies ändern. Ausführliche Notizen eines unbekanntes Journalisten über eine Ansprache Hugo Eberleins auf einer öffentlichen Parteiversammlung am 19. November 1918 in Berlin-Mariendorf veranschaulichen beispiel-

3 Siehe Hermann Weber/Andreas Herbst (Hg.): Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918–1945, Berlin 2004, S. 168–170.

4 Siehe Christoph Hamann: Hugo Eberlein ante portas? Die Revolution 1918/19 und der Mariendorfer Putsch, in: 100 Jahre Arbeiterbewegung in Tempelhof, hg. vom »Verein zur Heimatpflege, Heimatkunde, Geschichte und Kultur Tempelhofs« aus Anlaß der Gründung des Sozialdemokratischen Wahlvereins Tempelhof/Mariendorf vor 100 Jahren am 29. März 1891, Berlin-Tempelhof 1991, S. 37–51.

haft zum einen wichtige Probleme der Demokratisierung auf der Ebene der Gemeinde beim revolutionären Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Zum anderen werden auch die individuellen, von der Linie der übrigen Spartakusführer leicht abweichenden Auffassungen Eberleins über die revolutionäre Taktik deutlich.

### Ein linker Sozialdemokrat von der Parteibasis

Eberlein muss bereits vor dem Ersten Weltkrieg zum Kreis um Rosa Luxemburg gehört haben. Denn am 4. August 1914 war er bei dem kurzfristig einberufenen Treffen in ihrer Wohnung dabei, als linke SPD-Genossen wie Franz Mehring, Wilhelm Pieck, Ernst Meyer, Hermann Duncker u. a. über die für sie vollkommen überraschend erfolgte Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten zu den Kriegskrediten berieten.<sup>5</sup> Als Lithograf war Eberlein in der Führungsriege dieser weitgehend aus Akademikern bestehenden politischen Gruppierung der zweite Arbeiter neben dem gelernten Tischler Wilhelm Pieck.<sup>6</sup> Vor allem aber fungierte er als ein wichtiges Bindeglied zwischen Luxemburg-Kreis und Groß-Berliner Parteibasis. Als Vorsitzender des Ortsvereins Berlin-Mariendorf gehörte er auch dem Vorstand des Verbandes der Groß-Berliner Wahlvereine an. Ab Frühjahr 1915 organisierte er zusammen mit weiteren linken Aktivisten der SPD-Organisation von Groß-Berlin die Opposition in der Reichshauptstadt gegen die Burgfriedenspolitik der Mehrheit der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes.<sup>7</sup> Nach der Verhaftung von Wilhelm Pieck Ende Mai 1915 übernahm er dessen Aufgabe, die Verbindung der Gesamtopposition in Berlin, die von den gemäßigten Linken um Georg Ledebour und Arthur Stadthagen bis zum Luxemburg-Kreis reichte, mit anderen Oppositionsgruppen im Reich herzustellen und zu pflegen, von der Organisation des Drucks und Vertriebs oppositioneller Agitationsmaterialien bis zur Abwicklung finanzieller Fragen.<sup>8</sup> Kein Wunder, dass Eberlein für den Luxemburg-Lieb-knecht-Kreis als ein »uns völlig ergebener und einflußreicher Mann« galt.<sup>9</sup>

Am 14. September 1915 wurde er wegen seiner aktiven Beteiligung an der Antikriegsagitation verhaftet und anschließend trotz eines schweren Asthmaleidens zur Armee einberufen, aus der er erst 1916 aus gesundheitlichen Gründen wieder entlassen wurde. Sogleich nahm er seine politischen Aktivitäten wieder auf. Am 16. Juni wählte ihn die Generalversammlung der mitgliederstärksten SPD-Wahlkreisorganisation Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg (mit bevölkerungsreichen, damals noch selbstständigen Städten und Gemeinden des Groß-Berliner Raumes wie Charlottenburg und Neukölln) zum Vorsitzenden. Der neue Vorstand setzte sich überwiegend aus Anhängern der Spartakusgruppe sowie der gemäßigten

5 Siehe Ilse Schiel/Erna Milz (Hg.): Karl und Rosa. Erinnerungen. Zum 100. Geburtstag von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Berlin [Ost] 1971, S. 56–58.

6 Siehe Ottokar Luban: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913–1919, Leipzig 2008, S. 182, S. 192–194. (Der gelernte Schmied Karl Schulz gehörte lediglich von Mai bis August 1918 zur Führung der Spartakusgruppe.)

7 Siehe Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (im Folgenden: BArch Berlin), NY 4092, Nr. 4, Bl. 1–12.

8 Siehe Brief Franz Mehrings an Unbekannt vom 19. September 1915, in: BArch Berlin, NY 4043, Nr. 8, Bl. 144 (Fotokopie des Briefes), Bl. 148 (Klarschrift).

9 Brief Rosa Luxemburgs an Marta Rosenbaum vom 5. Januar 1915, in: Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, Bd. 5, Berlin [Ost] 1984, S. 32.

Opposition zusammen.<sup>10</sup> Doch kurz darauf zogen ihn die kaiserlichen Behörden wieder aus dem Verkehr. Er wurde verhaftet und anschließend erneut in die Armee einberufen, obwohl er wegen seiner Asthmaanfalle wiederholt ins Lazarett eingeliefert werden musste.<sup>11</sup>

Den Rest des Krieges verbrachte Eberlein überwiegend in einer Garnison in Ostpreußen. In Danzig übte er im November 1918 in den ersten Revolutionstagen die Funktion eines 2. Vorsitzenden des Soldatenrates aus, bevor es ihn wieder nach Berlin zog, wo er wahrscheinlich circa eine Woche nach dem revolutionären Umsturz eintraf. Hier wurde er als eine Art Geschäftsführer in der Führung des Luxemburg-Liebknecht-Kreises aktiv, der sich am 11. November 1918 den Namen »Spartakusbund« gegeben hatte, aber noch in der USPD verblieben war.<sup>12</sup>

### Eberlein als Gemeindevertreter in Berlin-Mariendorf

Auch in der Gemeinde seines Wohnortes Mariendorf ergriff er wieder die politische Initiative. Seit 1916 war Eberlein einer von acht SPD-(später USPD-) Gemeindevertretern in Mariendorf. Als er 1916 auf einer Sitzung der Gemeindevertretung mit aller Schärfe die Ernährungspolitik der Reichsregierung kritisierte, rief er damit die lautstarke Entrüstung der bürgerlichen Gemeindevertreter hervor und musste nach mehreren Ordnungsrufen des Bürgermeisters Holle seine Rede abbrechen.<sup>13</sup> Auf diesen Vorfall sollte Eberlein über zwei Jahre später in seiner Rede am 19. November 1918 noch einmal zurückkommen.

Aufgrund ihres Prozentanteils bei den Gemeindewahlen hätte die SPD eigentlich mehr Mandate erhalten müssen, wie die Geschichte der Kommunalwahlen seit 1906 in Berlin-Mariendorf und den Nachbargemeinden zeigt. Aber die Sozialdemokraten wurden auf der Kommunalebene nicht nur durch das undemokratische preußische Dreiklassenwahlrecht mit offener Stimmabgabe stark beeinträchtigt, sondern auch durch die Beschränkung des passiven Wahlrechts auf Bürger mit Grundbesitz für Zweidrittel der Gemeindevertreter-sitze. Gerade in den Groß-Berliner Vorortgemeinden mit vielen zugezogenen Arbeitern und sozialdemokratischen Wählern machte sich diese extrem undemokratische Zusammensetzung der Kommunalparlamente bemerkbar,<sup>14</sup> was von Eberlein in seinen nach der

10 Siehe Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED [IML] (Hg.): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, Berlin [Ost], S. 103; Heinz Habedank u. a. (Hg.): Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis 1917, Bd. 1, Berlin [Ost] 1987, S. 602 f.

11 Siehe Schreiben Eberleins an Stabsarzt, o. D. [Ende 1916?], in: Rossijskij Gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii/Staatliches Archiv für Gesellschafts- und Politikgeschichte (im Folgenden: RGASPI) Moskau, fonds 528, opus 2, dello 364, Blatt 103 f.

12 Siehe Weber/Herbst (Hg.): Deutsche Kommunisten (Anm. 3), S. 168.

13 Siehe Christoph Hamann: »In das königstreue Tempelhof kommt kein Sozialdemokrat hinein!« Der Siegeszug der SPD bei den Wahlen im Berliner Süden vor dem 1. Weltkrieg, in: 100 Jahre Arbeiterbewegung in Tempelhof (Anm. 4), S. 24; ders.: Hugo Eberlein ante portas? (Anm. 4), S. 39.

14 Siehe Hamann: »In das königstreue Tempelhof...« (Anm. 15), S. 18–20, S. 23 f., S. 32; Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919, S. 265–267 (hier für die gesamten kommunalen Einrichtungen).

Novemberrevolution 1918 in Mariendorf gehaltenen Reden für wirkungsvolle politische Attacken genutzt wurde. Bürgermeister und Gemeindeverwaltungen versuchten auch nach dem 9. November 1918 diese undemokratischen Machtverhältnisse aufrechtzuerhalten und boykottierten häufig die Kontrolle durch die Arbeiter- und Soldatenräte.<sup>15</sup> Das Bürgertum, das jahrzehntelang die Entrechtung der unteren Einkommenschichten billigend in Kauf genommen und keinerlei Anteil an den revolutionären Ereignissen im November 1918 hatte, machte in den südlichen Vororten schon eine Woche nach der Novemberrevolution mobil. Es rief zu Bürgerversammlungen auf, aus denen Bürgerräte oder Bürgerausschüsse – bald auch Bürgerwehren – hervorgingen, die die politische Gleichstellung auf allen Ebenen mit den Arbeitern – vor allem Wahlen zur Nationalversammlung – verlangten.<sup>16</sup>

### Die Radikalisierung der Räteherrschaft in Berlin-Mariendorf

In Berlin-Mariendorf hatte sich am 9. November 1918 ein hauptsächlich aus Arbeitern der im benachbarten Marienfelde ansässigen großen Firmen Daimler, Stock und Fritz Werner bestehender Arbeiter- und Soldatenrat (ASR) gebildet. Dieser setzte sich paritätisch aus SPD- und USPD-Mitgliedern zusammen und startete zuallererst einen Aufruf an die Arbeiter, Bürger und Soldaten, Ruhe zu bewahren und mit der Gemeindeverwaltung zusammenzuarbeiten. Die örtliche Polizei leistete am 9. November gegenüber den Revolutionären wenig Gegenwehr, sondern übergab die Waffen an Vertreter des ASR. Allerdings wurden an den Folgetagen Sicherheitspatrouillen gebildet, die jeweils aus einem Polizisten mit roter Armbinde und einem revolutionären Soldaten bestanden.<sup>17</sup>

Am 16. November hielt der Wahlverein Mariendorf eine Veranstaltung ab, auf der eine radikale Resolution mit vier Gegenstimmen verabschiedet wurde. Die Versammlung lehnte »die Einberufung einer Nationalversammlung entschieden ab, da die soziale Republik nie in Gemeinschaft mit den Trägern des Kapitalismus durchgeführt werden kann. Die soziale Republik kann nur durch die Träger der Revolution, die Klasse des Proletariats, verwirklicht werden. Zu diesem Zweck ist ein reines Arbeiterparlament zu schaffen unter Ausschluß der Bourgeoisie. Der rücksichtslose Kampf der Arbeiterklasse gegen die besitzende Klasse ist gerade jetzt unbedingte Notwendigkeit.«<sup>18</sup> Eberlein hatte ganz offensichtlich nicht an dieser Veranstaltung teilgenommen, da er in dem kurzen Bericht, den die *Rote Fahne* dazu abgedruckt hatte, nicht erwähnt wird.<sup>19</sup>

Schon am Tag der Versammlung, am 16. November, sowie erneut am 18. November war in den beiden Lokalzeitungen, der *Berlin-Mariendorfer Zeitung* und der *Berlin-Tempelhofer Zeitung*, eine weitere Veranstaltung der Sozialdemokraten in Mariendorf für den 19. No-

15 Siehe Hamann: Hugo Eberlein ante portas? (Anm. 4), S. 45 f.

16 Ebd., S. 46.

17 Ebd., S. 47 f.

18 Die Rote Fahne. Zentralorgan des Spartakusbundes, Nr. 3 vom 18. November 1918, S. 4, Rubrik »Aus Groß-Berlin. Mariendorf«.

19 Ebd.

vember mit dem vagen Thema »Die Aufgaben der neuen Zeit« per Anzeige angekündigt worden. Der Referent sollte erst auf der Versammlung benannt werden. Erstaunlicherweise hatten sowohl die USPD als auch die SPD von Mariendorf die Anzeige unterzeichnet.<sup>20</sup> Es war also eine gemeinsame Veranstaltung der beiden sozialdemokratischen Parteien, was erklärt, warum sie sowohl mit einer kleinen Notiz im *Vorwärts* vom 19. November (Morgenausgabe) als auch in einem kurzen Bericht am 23. November Erwähnung fand.<sup>21</sup> In Letzterem wird Hugo Eberlein als Referent genannt. Da er auf der Mariendorfer USPD-Veranstaltung am 16. November offensichtlich noch nicht aufgetreten war, wird er höchstwahrscheinlich unmittelbar vor dem 19. November aus Danzig nach Berlin zurückgekehrt sein und nicht erst am 24. November, wie in einer biografischen Skizze von Hamann – ohne Quelle – angegeben wird.<sup>22</sup>

Über die Rede Eberleins vom 19. November sind relativ ausführliche handschriftliche Aufzeichnungen erhalten geblieben, wahrscheinlich aus der Hand des nicht namentlich bekannt gewordenen *Vorwärts*-Journalisten, wofür einige Übereinstimmungen mit dem Kurzbericht im *Vorwärts* vom 23. November sprechen.

Eberleins Rede gibt einen unmittelbaren Einblick in die revolutionäre Rhetorik und Argumentation eines führenden Spartakusvertreters. Bemerkenswert, wie er dabei geschickt auf die lokalen Verhältnisse Bezug nimmt, die ihm als langjährigem, ortsansässigen Politiker bestens vertraut sind. Die äußerst undemokratische Zusammensetzung der Gemeindevertretung bildet den Hintergrund für die grob wirkende, scharfe Polemik gegen diese Institution und den Bürgermeister. Die harten Repressionsmaßnahmen gegen die Sozialdemokraten, insbesondere gegen die Linke während des Krieges, erklären die tiefe Abneigung gegen die Angehörigen der vormaligen kaiserlichen Polizei. Erstaunlich, dass Eberlein keinerlei Angriffe gegen die Mehrheitssozialdemokraten richtet, sondern von getrennten Wegen, aber einem gemeinsamen Ziel spricht. Hier scheint in Berlin-Mariendorf – wie schon die zusammen von beiden Organisationen unterzeichnete Einladung zur Versammlung zeigt – eine gewisse Gemeinsamkeit bestanden zu haben, die von Eberlein mitgetragen wurde, während andere Spartakusführer wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht eine scharfe Abgrenzungspolitik verfolgten. Dabei nennt Eberlein in seiner Mariendorfer Rede laut den im Folgenden abgedruckten Notizen interessanterweise gleich drei Parteien: »Sozialdemokraten, Unabhängige, Spartakusleute«. Offensichtlich sah er den Spartakusbund bereits als eine eigene Partei, obwohl dessen Führung am 11. November ein Verbleiben in der USPD beschlossen hatte.

20 Siehe Berlin-Mariendorfer Zeitung. Publikationsorgan der Amts- und Gemeindeverwaltung Berlin-Mariendorf, Nr. 267 vom 16. November 1918; ebd., Nr. 268 vom 18. November 1918; Berlin-Tempelhofer Zeitung, Publikationsorgan der Amts- und Gemeindeverwaltung Berlin-Tempelhof, Nr. 267 vom 16. November 1918; ebd., Nr. 268 vom 18. November 1918.

21 *Vorwärts*. Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Nr. 319 vom 19. November 1918 (Morgenausgabe), Beilage, S. 2, Groß-Berliner Parteinachrichten, Mariendorf [Ankündigung]; ebd., Nr. 322 vom 23. November 1918 (Morgenausgabe), Beilage, S. 1, Groß-Berliner Parteinachrichten, Mariendorf [Kurzbericht].

22 Hamann: Hugo Eberlein ante portas? (Anm. 4), S. 47.

**Dokument****Handschriftliche Aufzeichnungen eines namentlich nicht bekannten Journalisten über die Rede Hugo Eberleins<sup>23</sup>**

I  
19. Nov. 1918, 8 Uhr abends (8–12 Uhr)  
Die Aufgabe der neuen Zeit. Öffentliche Versammlung in der Aula des Gymnasiums  
Kaiserstr. Sozialdemokr. Wahlverein Mariendorf.  
Bezirksorganisation Groß-Berlin.

Spartakusvertreter Eberlein:

Genossen: als ich das letzte Mal hier in dieser Aula mit Euch sprach, sagten nachdem meine Freunde, es sei gewiß das letzte Mal an diesem Orte gewesen; da ich dem Bürgermeister wohl zu radikal gesprochen habe. Heute sind wir hier aus eigener Machtvollkommenheit versammelt und kein Bürgermeister kann uns diesen Platz verwehren. –

Unsere neue Regierung jetzt – hat schon mit einem Verbrechen begonnen, indem sie sich schützend vor die Kapitalisten stellt. –

Die Arbeiter- und Soldatenräte, in denen sich ehemalige Offiziere breitzumachen wagen, müssen gründlich durchgesehen werden, das ist Ehrenpflicht des Proletariats.

Die Nationalversammlung braucht nicht stattzufinden, denn wir Arbeiter u. Prole-

[I Rückseite:]

tariet haben die Macht selbst erobert und lassen sie uns nicht wieder aus den Händen reißen. Laßt Euch nicht [gestrichen: wieder] dumm machen! Fragt doch die Bürger, was sie vor und während der Revolution getan haben! Die Gründung des Bürgerrates am 17. Nov. war das reine Theater, fragt sich nur, wie stellen wir uns zu diesem Bürgerrat! Bloß die Geistlichen haben bis jetzt noch keinen Rat gebildet! (Gelächter). Eigentümlich! – einen Bürgerrat zu wählen, wo doch das Volk bereits bewiesen hat, daß es allein jetzt Herr im Hause ist. Wäre die Revolution fehlgeschlagen und das Kaiserreich geblieben, dann würden sie unserer Regierung nicht feige zum Munde reden, wie sie es jetzt tun.

Früher war die Regierung: Reichskanzler, Staatsminister, Staatssekretäre – von oben nach unten beeinflußt. Jetzt ist die Regierung von unten nach oben beeinflußt. Der Arbeiterrat schiebt den Vollzugsrat nach seinem Willen, der wieder den Vollzugsausschuß, welcher dann die Regierung den Willen des Volkes auszuführen heißt. Denn nicht Ebert, Scheidemann, Haase sind die Regierung, sondern das Volk und der Arbeiterrat!

II

Landräte und Regierungspräsidenten sind der Ausdruck der Gewalt der Kapitalisten, fort mit ihnen! Seit 4 Tagen ist in Mariendorf ein Soldatenrat. Wir sind jetzt oberste

23 Siehe Landesarchiv Berlin, F 240, A 0177, Bl. I–III, jeweils mit Rückseite. Die bisher unveröffentlichten handschriftlichen Aufzeichnungen ohne Verfasserangabe befinden sich in der »Zeitgeschichtlichen Sammlung« des Landesarchivs Berlin, die hauptsächlich aus Flugblättern besteht. Die Rechtschreibung und Zeichensetzung des Originalmanuskriptes sowie die darin vorgenommenen Unterstreichungen wurden vollständig übernommen.



Instanz und haben zu befehlen, und wollen sie nicht wie wir, so zeigen wir den Herren, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat. (Gelächter u. Beifall.)

Ebenso die Gendarmen müssen raus, diese Halunken, nehmt dafür Arbeiter mit Waffen, die sich dazu freiwillig melden u. die Gewalt in die Hand nehmen, die brauchen keine Dienstvorschrift (!!)

Schutzleute mit der roten Armbinde führen heute immer noch den Sicherheitsdienst, dieses Gesindel! Duldet es nicht länger; die Schamröte steigt mir ins Gesicht, wenn ich denke, dass diese Kerls noch über uns stehen. Schickt die Schutzleute, die stark, gesund und faul sind, in Bergwerke u. Fabriken, laßt sie schwer arbeiten und Männer aus unserer Mitte – aus dem Proletariat – mögen sich melden, die den Sicherheitsdienst mit Waffen übernehmen, dazu brauchen sie keine Dienstordnung. –

[II Rückseite:]

Hört nicht auf das feige Angstgeschrei der bürgerlichen Meute; wir müssen unsere Macht gebrauchen – rücksichtslos – und dieses Gesindel nicht hoch kommen lassen, auf daß sie unsere Macht nicht zerstören die Kapitalisten und die Bürger, – denselben verwandt und verschwägert, – sind Schmarotzer und deshalb sollen sie in Zukunft herunter zu uns, zwingt sie zur Arbeit!

Offiziere brauchen wir nicht mehr, hier muß eine rote Garde, ein Arbeiter-Parlament Gewalt und Macht bekommen! Offiziere sind Vertreter der Klasse der Kapitalisten! –

Wir dürfen nicht bloß Führer wählen und denken, dann sei unsere Arbeit geleistet; jeder einzelne Proletarier muß mitarbeiten u. sich nicht auf die gewählten Führer verlassen. –

Braunschweig hat bereits keine Soldaten mehr, sondern rote Garde, wir müssen es ihnen nachtun und dürfen damit nicht zögern. –

Am Donnerstag nachm. 4 od. 5 [Uhr] findet im hiesigen Rathause eine Sitzung der Gemeindevertretung statt. Laßt Euch das nicht mehr gefallen, schmeißt sie

III

raus, die Kerls, geht in geschlossenem Zuge hin, denn Ihr habt die Macht zu bestimmen, Genossen, und nicht mehr sie! Denkt Euch: auch mich hat man sogar zu dieser Sitzung eingeladen (höhnisch u. eingebildet) mich! (Gelächter). Also am Donnerstag nachm. versammeln in der Dorfstr. u. die Gemeindevertretung mitsamt dem Bürgermeister zum Teufel jagen! (Beifall u. Zustimmung) (Sitzung [der Gemeindevertretung] ist ausgefallen.<sup>24</sup>)

24 Die Bemerkung über die Absage der Gemeindevertretersitzung beweist, dass es sich bei dem vorliegenden Dokument um die handschriftliche Übertragung von stenografischen Aufzeichnungen über die Rede Eberleins vom 19. November handeln muss, die vom Berichterstatter des Vorwärts offensichtlich erst am Mittwoch (20.), Donnerstag (21.) oder Freitag (22.) in Reinschrift vorgenommen wurde, als er schon von der Absage der Gemeindevertretersitzung erfahren hatte. Im Kurzbericht des Vorwärts vom 23. November (Anm. 21) wird sowohl über die Aufforderung Eberleins zur Sprengung der Gemeindevertretersitzung als auch über die Absage der Veranstaltung durch den Gemeindevorsteher am Mittwoch, den 20. November, informiert.



Wir sind hier doch kein evangelischer Jungfrauenverein! Die Macht und nicht die Ethik macht die Politik. Wir müssen ohne Rücksicht gegen die Bourgeoisie vorgehen und auf ihr Angstgeschrei nicht hören. Die Moral beiseite setzen! – Kampf und Macht ist unser Programm.

Wir drei Parteien: Sozialdemokraten, Unabhängige, Spartakusleute; können unsere getrennten Wege getrennt bis zum Ziel gehen, uns aber dann zusammenschließen und gemeinsam schlagen, wenn es geht gegen Kapitalismus und Bürgertum. Habt Ihr nicht gemerkt, daß all diese Herren viel

[III Rückseite:]

höflicher gegen Euch geworden sind aus Feigheit und Angst vor Euch? (Gelächter.) Bis jetzt haben die Glocken zur Muckerfrömmigkeit geläutet, morgen müssen sie alle Glocken läuten für unsere Opfer der Revolution. –

Wenn wir zum zweiten Mal auf die Straße gehen, dann müssen wir den Kampf rücksichtsloser durchführen mit der Waffe in der Hand gegen dieses feige Bürgergesindel, das sich in den Ecken verkrochen hat u. nicht hervorwagte. –

Hier werden Zurufe laut: »Lebensmittelvorräte im Schloß!« [Forts. Eberlein:] Der Kaiser ist nur einer von der Sippschaft, die anderen sind ebensolche Halunken, die ebenso noch auf ihren weißen Mehlsäcken sitzen. Schließt Euch zusammen, geht hin auf's Land, holt Euch die Vorräte von den Großgrundbesitzern. Vor einigen Tagen bat mich der Landrat v. ? (Danzig) um Schutz gegen seine Landwirte, die nichts mehr geben wollten und was sie gegeben hätten, wiederhaben wollten. Wir müssen zusammenhalten untereinander, mit unseren russischen Brüdern, mit dem gesamten ausländischen Proletariat!

Diese handschriftlichen Notizen eines Journalisten geben nur Eberleins Rede wieder, enthalten jedoch keinerlei Informationen über den weiteren Verlauf der Versammlung. Hier gibt der *Vorwärts*-Bericht vom 23. November einigen Aufschluss, in dem Eberleins Rede nur sehr kurz behandelt, aber Diskussionsbeiträge von SPD-Vertretern erwähnt werden:

»Seine [Eberleins] Ausführungen brachten die bekannten Ansichten des Spartakusbundes. Er sprach dem Bürgertum jede Mitwirkung bei der Neuordnung ab. Eine Nationalversammlung sei die Preisgabe der Errungenschaften der Arbeiter. Zum Schluß forderte er die Versammlung auf, am Donnerstag alle Mann zu erscheinen, um die für nachmittags 5 Uhr anberaumte Gemeindevertretersitzung zu verhindern und die gewählten Vertreter zum Teufel zu jagen. Genosse B i n t e sowie einige weitere Redner, darunter Hellriegel vom Soldatenrat, forderten die Anwesenden zum Zusammenhalten und zur Einigkeit auf. Die Mehrheit der Versammlung war aber mit den Ansichten Eberleins einverstanden.«<sup>25</sup>

25 Vorwärts, Nr. 322 vom 23. November 1918 (Anm. 21). Bis auf diesen Bericht ist mir keine weitere Meldung in Berliner Zeitungen, weder in den Vorortzeitungen von Mariendorf oder Tempelhof, noch in der Roten Fahne, über die Mariendorfer Versammlung vom 19. November 1918 bekannt geworden.

### Die Folgen der Eberlein-Rede vom 19. November 1918

Auch in den drei Wochen nach seiner Ansprache vom 19. November hielt Eberlein an seiner radikalen Linie fest und nutzte weiterhin die revolutionäre Stimmung in der Mariendorfer Arbeiterschaft. Auf der nächsten USPD-Kundgebung in Mariendorf am 3. Dezember 1918 forderte er erneut die Einrichtung einer roten Garde und »die Absetzung des Gemeindeparklaments und die Vertretung der Gemeindeinteressen durch den Arbeiter- und Soldatenrat«. Weder einem USPD-Sprecher noch der prominenten SPD-Vertreterin Marie Juchacz gelang es, gegen Eberleins Argumente anzukommen. Die Versammlung stimmte für eine Resolution, die vollständig den von Eberlein vorgetragene Auffassungen entsprach.<sup>26</sup> Am 5. Dezember gelang es Eberlein sogar, die Sitzung der Mariendorfer Gemeindevertretung mithilfe von 250 Zuschauern zu sprengen. Er erklärte die Gemeindevertretung für abgesetzt. Der Arbeiterrat sollte die Geschäfte übernehmen.<sup>27</sup>

Diese Aktion wurde vom paritätischen alten ASR in Mariendorf, der sich am 9. November aus SPD- und USPD-Mitgliedern gebildet hatte, verurteilt, ebenso vom Tempelhofer ASR wie vom Vollzugsrat. Trotzdem übernahm am 11. Dezember ein auf 18 Personen erweiterter ASR die Geschäfte der Mariendorfer Gemeindevertretung. Der alte ASR beteiligte sich daran, in der Hoffnung, mäßigend einwirken zu können. Doch die Spartakusanhänger hatten die Mehrheit. Auf einer öffentlichen Sitzung am 12. Dezember, bei der auch Rosa Luxemburg anwesend gewesen sein soll, beschloss dieses Gremium mit zehn zu sieben Stimmen den Sieben-Stunden-Tag, eine Besoldungsreform, Notstandsarbeiten und Mieterschutz. Gleichzeitig wurde Protest gegen die Nichtentwaffnung der alten kaiserlichen Gardetruppen erhoben und gegen ihre Vereidigung auf den Rat der Volksbeauftragten statt auf den Vollzugsrat der ASR. Die vom ASR eingeladenen Vertreter des Gemeindevorstandes, Bürgermeister Holle und Kämmerer Stech, erklärten, dass aufgrund der Verordnungen der neuen Regierung die alte Gemeindeordnung in Kraft geblieben sei und den ASR lediglich eine Kontrollbefugnis zustehe. Deshalb äußerte der ansonsten immer kämpferische Eberlein Zweifel, ob trotz der Beschlüsse des Macht ausübenden ASR der im Amt belassene alte Gemeindevorstand diese Beschlüsse ausführen würde.<sup>28</sup>

### Das Ende der Räteherrschaft

Die Räteherrschaft in Mariendorf war von äußerst kurzer Dauer. Bereits am 18. Dezember 1918 fand sich wieder die alte, nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählte Gemeindevertretung unter dem Vorsitz des Bürgermeisters zu einer Sitzung zusammen.<sup>29</sup> Offensichtlich hatte Eberlein resigniert, oder er hatte wegen seiner zunehmenden organisatorischen Aufgaben als

26 Siehe Hamann: Hugo Eberlein ante portas? (Anm. 4), S. 48.

27 Siehe ebd., S. 49.

28 Siehe ebd., S. 49 f.; Frauke Bey-Heard: Hauptstadt und Staatsumwälzung Berlin 1919. Problematik und Scheitern der Rätebewegung in der Berliner Kommunalverwaltung, Stuttgart u. a. 1969, S. 101.

29 Siehe Hamann: Hugo Eberlein ante portas? (Anm. 4), S. 50.

Mitglied der Zentrale des Spartakusbundes keine Zeit mehr für den intensiven Einsatz auf kommunaler Ebene.<sup>30</sup>

Auch in anderen Groß-Berliner Kommunen wie in Neukölln, Spandau, Reinickendorf, Schöneberg, Lankwitz, Rahnsdorf und Lichtenberg wurde mit mehr oder minder langfristige Erfolg, manchmal auch nur ansatzweise, die Ablösung der nach dem Dreiklassenwahlrecht zustande gekommenen kommunalen Parlamente und politischen Verwaltungsspitzen durch die ASR angestrebt. Insbesondere in Neukölln und Spandau waren Vertreter des Spartakusbundes die treibenden Kräfte für eine vollständige Räteherrschaft. Allerdings wirkte mit Ausnahme von Mariendorf nirgends ein Spartakusführer mit, und letztlich scheiterten all diese Versuche.<sup>31</sup>

Trotz der Novemberrevolution bestimmte damit in Berlin-Mariendorf wie in fast allen anderen Gemeinden, Landkreisen und Städten Preußens weiterhin ein aus der Kaiserzeit stammendes undemokratisch zusammengesetztes, parlamentarisches Gremium die lokalen öffentlichen Angelegenheiten, bis Ende Februar 1919 Kommunalwahlen nach einem demokratischen Wahlrecht stattfanden. Weil die neue preußische Regierung mit den Ausführungsvorschriften lange auf sich warten ließ, konnten die jeweiligen politischen Spitzen der kommunalen Exekutive – von Ausnahmen abgesehen – sogar erst im Sommer 1919 entsprechend den neuen Mehrheitsverhältnissen gewählt werden. Der aufgrund des neuen demokratischen Wahlrechts zustande gekommene Brandenburgische Provinziallandtag trat sogar erst im Februar 1920 erstmalig zusammen.<sup>32</sup> Somit regierten in Preußen auf kommunaler Ebene die alten, aufgrund des Dreiklassenwahlrechts in ihre Ämter gekommenen politischen Vertreter der Verwaltungen fast ein Dreivierteljahr lang nach der Novemberrevolution weiter. Diese verzögerte Demokratisierung an der Basis war – abgesehen von den ausbleibenden wirtschaftlichen und militärischen Reformen – ein wichtiger Faktor für die Radikalisierung der Arbeiterschaft. Das in der Geschichtsschreibung häufig kritisierte Belassen der alten Herrschaftsstrukturen aus der Kaiserzeit<sup>33</sup> durch die mehrheitssozialdemokratischen Regierungen des Reiches und Preußens spielte sich also in Preußen auch auf der breiten kommunalen Ebene ab und erwies sich als ein erheblicher Belastungsfaktor für die Weimarer Republik.<sup>34</sup>

30 Weder in der einschlägigen Literatur noch in den eingesehenen Quellen gibt es Angaben über die Gründe.

31 Siehe Bey-Heard: Hauptstadt (Anm. 28), S. 92–110; Heinz Habedank u. a. (Hg.): Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung. Von 1917 bis 1945, Bd. 2, Berlin [Ost] 1987, S. 50; zur Tätigkeit und dem Ende der ASR in der Provinz Brandenburg siehe Ingo Materna: Die Zentralstelle der Arbeiter- und Soldatenräte der Regierungsbezirke in der Provinz Brandenburg während der Revolution 1918/19, in: IWK – Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 35 (1999), H. 2, S. 208–224.

32 Siehe Bey-Heard: Hauptstadt (Anm. 28), S. 171–175, bes. S. 175 (zum Brandenburgischen Provinziallandtag).

33 Siehe dazu z. B. Helga Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert, Berlin 2007, S. 69.

34 Hierzu detailliert und kritisch für alle kommunalen Ebenen: Kolb: Die Arbeiterräte (Anm. 14), S. 267–281.

Sogar von Mitgliedern der unteren und mittleren Funktionärebene der Mehrheitssozialdemokratie wurde diese Politik des preußischen Innenministers Wolfgang Heine auf dem SPD-Parteitag vom Juni 1919 auf breiter Front heftigst kritisiert.<sup>35</sup>

Nicht nur Linkssozialisten wie Eberlein, sondern viele engagierte Sozialdemokraten sahen die Notwendigkeit einer Beseitigung der alten, häufig republikfeindlichen Bürokratie und der Durchsetzung einer echten parlamentarischen Kontrolle auf der Ebene der Gemeinden, Landkreise und Städte als Voraussetzung für feste demokratische Strukturen auf der kommunalen Ebene. Eberlein, ab 30. Dezember 1918 Mitglied der KPD, war im November noch bereit, mit den Vertretern der USPD und SPD entsprechend zusammenzuarbeiten. Dieses Ansinnen wurde jedoch durch das folgende, oft gewaltsame Vorgehen der Freikorpstruppen gegen alle linken Kräfte und die Vertiefung der Spaltung in der Arbeiterbewegung unmöglich gemacht.

---

35 Ebenda, S. 280 f.